

Freitag 40

Die Ost-West-Wochenzeitung

5. OKTOBER 2007
www.freitag.de

HERAUSGEGEBEN VON DANIELA DAHN, GYÖRGY I. ERITHJOF SCHMIDT, FRIEDRICH SCHORLEMMER



Lob des Zweifels

Robert Zion über Crossover und den Generationswechsel bei den Grünen

Seite 6



Herbst der Patriarchen

Militärmacht als Staatstugend – Birma im Bann der 30 Kameraden

Seite 7

Tor des Monats

Detlev Claussen über die Schönheit von Spielzügen und Frauen im Fußball

Seite 17

Robert Kurz

Wer traut sich was?

LOKFÜHRER IM KAMPF ■ Signal gegen Niedriglohn und Leistungshetze

Der Tarifkonflikt bei der Bahn mit der Gewerkschaft der Lokführer (GDL) schien bereits reif für die Einschläferung zu sein; geräuschlos stillgelegt von den wohlwollenden Schlichtern Geissler und Biedenkopf. Aber die Verhältnisse, sie sind nicht mehr so. Die Bahn-AG ist in den Kernfragen beinhalten geblieben. Weder ein eigener Tarifvertrag noch eine Lohnerhöhung über die mit den anderen Bahngewerkschaften ausgehandelten 4,5 Prozent hinaus wurden den Lokführern zugestanden; zusätzliche Vergütungen sollen nur gegen wöchentliche Mehrarbeit zu haben sein. Und das bei unregelmäßigen Zwölf-Stunden-Schichten, Hunderten von Überstunden (die praktisch nicht abgefeiert werden können) und nicht einmal 2.000 Euro netto. Bei dem, was die GDL jetzt wagt, reagieren die Medien erwartungsgemäß gereizt. Von »Unfriedlichkeit« ist die Rede. Man war doch schon eingestimmt auf den üblichen Scheinkompromiss zu Lasten der Beschäftigten nach dem Telekom-Muster.

Aber es geht nicht bloß um ein Sonderinteresse der Lokführer. Im Hintergrund steht die Privatisierungspolitik. Keineswegs zufällig legen sich gleichzeitig die Länder quer zu den Plänen für einen Börsengang der Bahn, weil sie nicht zu Unrecht eine weitere Ausdünnung des Regionalverkehrs befürchten. »Aus der Eisenbahn wird ein Global Player«, sagt die Bahn-AG in einer Werbebroschüre und verweist stolz auf die »weltweite Präsenz« mit 1.500 Standorten in 150 Ländern »in den Bereichen Mobility, Networks und Logistics«. Die Verwandlung der öffentlichen Infrastruktur in ein globalisiertes Marktunternehmen geht zwangsläufig damit einher, dass »unrentable« Strecken stillgelegt werden und sich die Tarifpolitik auf Niedriglöhne ausrichtet. Nicht umsonst verweist Mehndorn auf die noch schlechtere Bezahlung und die noch grässlicheren Arbeitsbedingungen bei der privaten Konkurrenz. Die neoliberalen Hardliner laufen Sturm gegen die »Eisenbahnromantiker«, die mit dem »Gerede von Infrastrukturauftrag und Daseinsvorsorge« den neuen Börsenkandidaten »wie eine Pony-Bahn im Bauernhofmuseum« (*Wirtschaftswoche*) behandeln wollten.

Ein ähnliches Bild bietet sich bei der Post. Hier wird der gerade erst ausgehandelte gestaffelte Mindestlohn von 8,00 bis 9,80 Euro für Briefzusteller schon wieder in Frage gestellt, auch von Teilen der Bundesregierung mit Minister Glos an der Spitze. Der Verband privater Zustelldienste verlangt, den Mindestlohn auf höchstens 7,50 Euro abzusenken – für die bisherigen Postbeschäftigten eine drastische Verschlechterung. Und auch im Kliniksektor rumort es wieder: Die angestellten Ärzte beklagen, dass die jüngsten Tarifverträge in der Praxis keine Verbesserung gebracht hätten und reden über neue Streiks. Bald könnten auch die »Postromantiker« und die »Arztromantiker« zur Zielscheibe für die »Privatisierungsromantiker« werden.

Die Denunziation gewiss vorhandener berufsständischer Interessen verschleierte, dass diese eine letzte Barriere gegen die totale Ökonomisierung der ehemaligen »Daseinsvorsorge« bilden, weil die großen Gewerk-

schaften gegenüber der Privatisierungspolitik versagt haben. Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass die betriebswirtschaftlichen Kostensenkungs-Imperative bei den »entgesellschafeten« Infrastrukturen in der Kombination von Hochpreis- und Niedriglohnpolitik die Qualität straukeln lassen. Fehlt nur noch, dass die Skandalisierung dieses Trends als »Qualitätsromantik« angeprangert wird.

Den Konflikt um die Tarife im Sog einer Privatisierung öffentlicher Dienste zu verschärfen, das hat Methode – war doch dieser Sektor bislang ein Nachzügler in Sachen Auslagerung und Billiglohn. Jetzt sollen die Bremsen gelöst werden – die Telekom hat es vorgemacht. Es geht um Angleichung an die gesellschaftliche Verarmungstendenz. Schließlich gehen auch die gepriesenen Beschäftigungseffekte in der Industrie, die von einer defizitären asiatischen Exportkonjunktur mitgetragen werden, vorrangig auf das Konto schlechter bezahlter Zeitarbeit und befristeter Verträge.

Nachdem sich der Konjunkturrhimmel durch die vom Immobiliensektor ausgehende Finanzkrise eintrübt, deren Zenit erst 2008 erreicht sein dürfte, ist mit verstärktem Druck auf das allgemeine Lohnniveau zu rechnen. Da ist ernsthafter Widerstand gegen Niedriglohn und Leistungshetze bei einem Teil der Bahnbeschäftigten den Global Players ein Dorn im Auge. Die unzufriedenen übrigen Bediensteten der Bahn betrachten die Lokführer durchaus nicht als »Verräter«. Alenthalben heißt es: »Die trauen sich wenigstens was.« Die Frage ist, wer sonst noch? Wenn die GDL genauso das Gesicht verliert wie Verdi bei der Telekom, ist der nächste Damm gebrochen.

Frank Unger

Wir spielen uns auf

DEUTSCHLAND IN DEN SICHERHEITSRAT ■ Warum eigentlich, wenn Angela Merkels Außenpolitik so bleibt, wie sie ist?

Kanzlerin Angela Merkel hat bei ihrem Auftritt vor der UN-Vollversammlung demonstrativ die Iran-Politik der USA unterstützt, um danach einmal mehr einen ständigen Sitz für Deutschland im Sicherheitsrat zu verlangen. Letzteres erinnerte entfernt an die Bewerbung Berlins für die Olympischen Sommerspiele 2000. Damals versicherten deutsche Regierungsvertreter und die für viel Geld angeheuertem Werbefachleute den Steuerzahlern, »die Welt« (und die großzügig betreuten Mitglieder des IOC) seien noch so gerührt von der friedlichen deutschen Wiedervereinigung. Sie könnten gar nicht anders, als die Deutschen mit den Spielen zu belohnen. Heraus kamen klägliche neun Stimmen.

Das Verbindende hierbei ist die Diskrepanz zwischen Selbstwahrnehmung und Fremdurteil. Indem die Bundesregierung wiederholt den ständigen Platz im Sicherheitsrat fordert, beweist sie eine doppelte Realitätsblindheit: Es gibt zum einen nicht einmal bei den engsten europäischen Verbündeten dafür ernsthaften Beistand, zum anderen wäre an-



Geht nicht, zu teuer

Über die höchste Kinderarmut in der bundesdeutschen Geschichte

Seite 3

nicht fertig bringe, George Bush in diplomatischer Weise mitzuteilen, was die absolute Mehrheit der Europäer im Stillen von seiner Nahost-Politik halte, nämlich gar nichts. Stattdessen stelle sich Merkel vor die Vollversammlung und stimme praktisch den Vorbereitungen von Bush und Cheney für einen weiteren Krieg zu!

Das liberale Amerika macht sich – Seymour Hersh hat es erneut gesagt – seit Gerhard Schröders Weigerung, mit Truppen in den Irak zu gehen, immer wieder verzweifelte Hoffnungen, dass Deutschland weitere Zeichen setzt, die eine klare Distanz von Amerikas Kriegspolitik signalisieren. Es würde nicht zuletzt die reale Geltung Deutschlands im Rest der Welt erheblich steigern, wollte die Bundesregierung die Schröder'schen Anfänge einer sich von den USA emanzipierenden Politik fortsetzen. Nur: Wie wird sie denn praktisch, die angeblich so friedfertige, historisch zur Vernunft gekommene Haltung Europas, von der unsere Groß-Philosophen geschwärmt haben? Und wo zeigt sich denn die angeblich so gewachsene politische Bedeutung des »ökonomischen Riesens« Deutschland?

Schröders Emanzipationsansatz – ohnehin nur eine inkonsequente Geste – wurde brutal revidiert, das ist die traurige Wahrheit! Und das praktisch chancenlose Verlangen nach ständiger Präsenz im Sicherheitsrat ist die diplomatisch codierte Mitteilung an den Welt-Hegemon: Wir spielen uns zwar etwas auf, aber das sind Verlautbarungen für die Wähler zu Hause. Als Handelnde wollen wir weiter politischer Zwerg bleiben.

gesichts einer sich verändernden Kräftebalance in der Welt die Aufnahme einer weiteren westlichen Industrienation nicht sehr plausibel. Das machte indirekt auch Präsident Bush klar, als er – gleichfalls vor der UNO – von einer möglichen Aufstockung der ständigen Mitglieder sprach und dabei allein Japan erwähnte.

Insofern wurde Bushs Rede als erneute Abkanzelung der Deutschen empfunden, was sie auch war. Die durften wieder einmal zur Kenntnis nehmen, dass die angelsächsischen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges – die unmitttelbaren Erben jenes britischen Weltreichs, das den globalisierten Kapitalismus schon vor 200 Jahren in die Spur gebracht hat – bis auf den heutigen Tag ganz selbstverständlich davon ausgehen, die eigentlich legitimen Bestimmer in der Welt zu sein. Deutsche spielen da einfach nicht in derselben Liga, sie wurden einst als geteilte Wurmfortsätze von Supermacht-Fraktionen in der Nachkriegsordnung eingegliedert. In der *Neuen Weltordnung* sind sie zwar inzwischen Vollmitglied, aber nicht im Vorstand.

Diese nachhaltige Erfahrung bewirkt bis heute, dass die politische Klasse hierzulande mehrheitlich glaubt, der einzige Weg in die Vorstandsetzungen sei der, dem Vorsitzenden auf keinen Fall negativ aufzufallen. Unterwürfigkeit ist generell unangenehm, kommt aber ein unverhülltes Streben nach Anerkennung hinzu, wird sie überaus peinlich.

Dabei gibt es durchaus reale Chancen, für eine Aufnahme in den Vorstand einen anderen Weg einzuschlagen. Als Merkel in New York auftrat, sprach zur gleichen Zeit der New Yorker Journalist Seymour Hersh in Berlin. Die *Blätter für deutsche und internationale Politik* hatten ihm ihren »Demokratiepreis« für seine Enthüllungsreportagen über Abu Ghraib und die US-Kriegspläne gegen den Iran verliehen. In seinen Dankesworten ging er danach kurz auf die Rede der Kanzlerin vor der UNO ein. Er habe gehört, dass sie in die Kerbe seines Präsidenten geschlagen und schärfere Sanktionen gegen Teheran gefordert habe. Er könne einfach nicht verstehen, warum es die Regierungschefin eines so bedeutenden Landes wie Deutschland

Robert Zion

Ja, uns gibt es tatsächlich

CROSSOVER-PROZESS ■ Bei den Grünen stehen dafür ein Fundus an programmatischen Ideen und bald eine neue Generation bereit

Als Joschka Fischer nach seinem Rückzug aus der Politik sagte: »Das rot-grüne Kapitel, das meine Generation geschrieben hat, ist unwiderruflich zu Ende«, hätte man dies ernst nehmen sollen, auch bei den Grünen. Erstaunlich eigentlich für eine Partei, die den heimlichen Vorsitzenden stets sehr ernst genommen hat. So ernst wie 1994, als alle Diskussion um einen neuen Arbeitsbegriff und eine Entkoppelung von Arbeit und Einkommen in der grünen Bundestagsfraktion abgebrochen und damit der Weg bereitet wurde zur SPD und zur heutigen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Das ursprüngliche Projekt der Grünen, die postfordistischen Arbeits- und Produktionsweisen in emanzipatorischer Absicht wirtschaftspolitisch zu gestalten und sozial abzusichern, wurde so zu Gunsten der Regierungsfähigkeit an eine eigentlich gar nicht auf den Postfordismus eingestellte SPD überantwortet. Gleichwohl sind die früheren Ansätze der Grünen bislang nicht verschwunden.

Kürzlich habe ich auf dem Landesparteitag der NRW-Grünen in Bochum an dieses Projekt zu erinnern versucht: So findet sich im ersten Reader über originäre Grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik von 1985 die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens: Es ging um eine Verbindung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. 1989 erklärten wir: Es ist die Selbstverpflichtung der Grünen, darauf hin zu arbeiten, die Lebenschancen aller Menschen unter Beachtung der ökologischen Belastbarkeit der Erde auf möglichst hohem Niveau anzugleichen.

Hinter dem verschwundenen Übervater gibt es nicht nur Kämpfe um die Führung

Die Idee lautete: Das Festhalten am Wohlstandsmodell der industriegesellschaftlichen Normarbeit – das was Fordismus genannt wird – zwingt uns zu permanentem Wachstumsdruck, egal ob neoliberal-angebotsorientiert oder keynesianisch-nachfrageorientiert. Heute ist das, was wir früher noch als Ent-

wurf formuliert haben, Wirklichkeit – wir leben in einer postindustriellen Gesellschaft.

Wie der Sonderparteitag von Göttingen zeigte, erinnern wir uns durchaus an frühere Konzepte. Was dies für einen Crossover-Prozess bedeutet, ist jedoch noch völlig unklar. Denn hinter dem verschwundenen Übervater Joschka Fischer eröffnet sich der Blick auf eine Partei, in der nicht nur Führungskämpfe stattfinden, sondern auch ein Generationenumbbruch geschieht.

Revolutionen geschehen heute gesellschafts- und systemimmanent

Daher könnten die Grünen eine Schlüssel-funktion im Crossover-Prozess einnehmen, weil sie einen programmatischen Fundus haben und nun Politikerinnen und Politiker hervorbringen könnte, die sich von den Gründern emanzipieren müssen. Dies verspricht auch eine Emanzipation aus überkommenen Analysen und Lösungen, da inhaltliche und biografische Emanzipation in der Politik oft einhergehen.

Es wird wohl mit den jungen Grünen kein Zurück mehr geben, keine Verteidigung der »Errungenschaften«, keine »defensive Politik der reinen Verteidigung des Sozialstaates«, die auch WASG-Mitbegründer Joachim Bischoff im Freitag zu Recht als »unrealistisch« bezeichnet hat. Als Produkt des Postfordismus sind die Grünen zu neuer Politik verurteilt, besser noch: wieder aufgerufen.

Hinzu kommt, dass wir uns zu einer Partei entwickeln, in der Debatten in offenen Netzwerken stattfinden. Dies machte die Revitalisierung basisdemokratischer Parteikultur nach Rot-Grün wieder möglich. Und seitdem die Westdeutsche Allgemeine Zeitung im Juli die Existenz der Grünen Linken mit dem lakonischen Kommentar: »Ja, die gibt's auch« bedachte – und vor allem seit Göttingen –, wird geschaut, was bei uns eigentlich gedacht wird. Der Öko-Sozialismus der achtziger Jahre etwa? Handelt es sich gar um »Neo-Fundis«, wie der Spiegel übereilt meinte?

Nichts von alledem. Diskutiert wird das, was Albrecht Müller im Freitag in altsozialdemokratischer Manier »soziologisches Kauderwelsch« genannt hat: die Regulations-theorie von Alain Lipietz, Konzepte zum Grundeinkommen, zu öffentlichen Gütern, zur Arbeitsgesellschaft und zu immaterieller Arbeit; diskutiert wird die Suche nach gesellschaftspolitischen Zielen in einer Gesellschaft, die keine mehr hat, jenseits der von Benjamin Mikfeld so benannten »Zombielinken«.

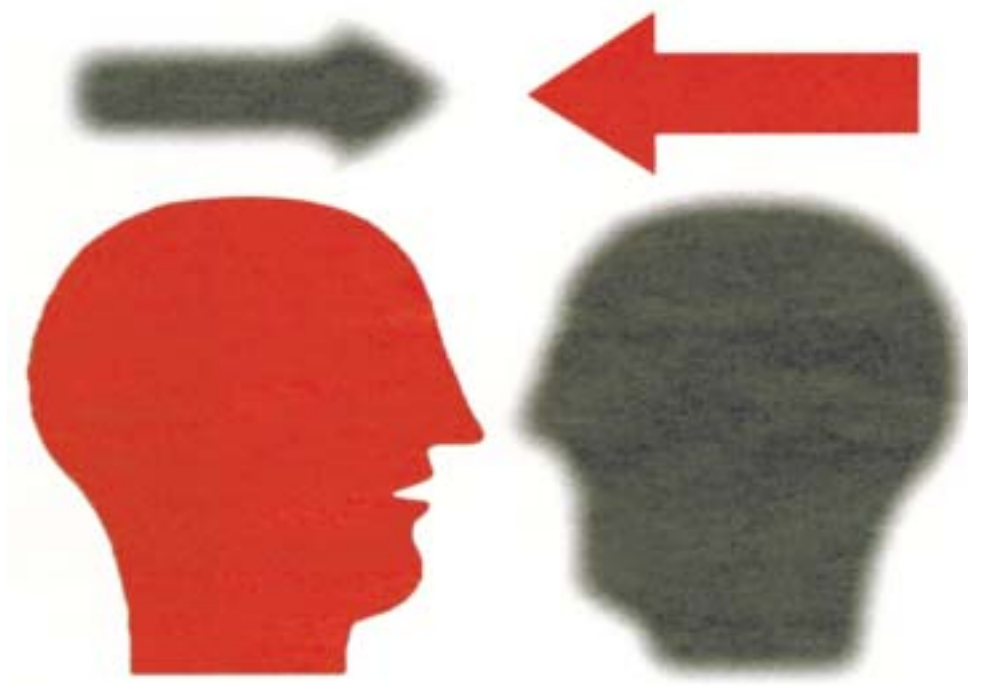
Auch jenseits von äußerst skeptisch zu betrachtenden Konzepten einer »Grünen Marktwirtschaft« oder eines »Öko-Kapitalismus« aus den USA, der die Natur zum »Dienstleister« degradiert und deren Kapitalisierung zum neuen Heilsversprechen erklärt. In Zeiten, in denen der ehemalige Chefvolkswirt der Weltbank, Nicholas Stern, den Klimawandel als eine »Folge des größten Marktversagens« deutet, welches die Völkergemeinschaft je in Kauf genommen hat, wird eine »unsichtbare Hand des Marktes« kaum Aussicht auf Erfolg haben.

Wir sollten nicht von neuer Armut reden, wenn wir vom neuen Reichtum schweigen

Als der heutige Europaparlamentarier Frithjof Schmidt 1988 schrieb, die Grünen hätten sich entschieden, aus der »revolutionaristischen Selbstisolierung« zu treten, war dies ein endgültiges Urteil. Revolutionen geschehen heute gesellschafts- und systemimmanent. Das heißt, für uns geht es in der Debatte um die Formulierung eines Transformationsprozesses der Wirtschaftsgesellschaft: Zu den ökonomischen Problemen der Produktion und Verteilung gesellt sich das der Nachhaltigkeit.

So stehen die Grünen vor der Aufgabe, einen eigenständigen, wirtschaftspolitischen Neuen Weg zu formulieren, da der so genannte Dritte Weg als hinfällig betrachtet werden muss und selbst auf die Frage nach den Arbeits- und Produktionsweisen einer wissensbasierten Ökonomie keine passenden Antworten mehr bietet.

Eine gewaltige Aufgabe, für die Gesamtlinke sowieso, eine Aufgabe, die Björn Böhning und Benjamin-Immanuel Hoff sehr treffend



In seinem Debatten-Text hielt an dieser Stelle zuletzt Hans Thie – wie vor ihm bereits Christoph Spehr – eine öffentliche und grundsätzliche Absage der SPD an das Erbe der Ära Schröder für unverzichtbar. Der Autor bezeichnete den letzten SPD-Regierungschef als »bislang reaktionärsten Kanzler der Nachkriegsgeschichte«. Sehr viel konzilianter äußerte sich der Linkspartei-Politiker Stefan Liebich, der Vorbedingungen eines

parteiübergreifenden Dialogs für wenig sinnvoll hielt und als Sprecher des forums demokratischer sozialismus (fds) in der Partei Die Linke einen neuen rot-rot-grünen Crossover-Diskurs empfahl. Wir setzten die Debatte fort mit einem Beitrag des Grünen-Politikers Robert Zion, der zuletzt den Sonderparteitag seiner Partei in Göttingen initiierte und erfolgreich für einen neuen Kurs der Grünen in der Afghanistan-Politik warb.

in dieser Debatte benannt haben: »New Deal – keine Rolle rückwärts«. Es reicht auch für die Grünen nicht mehr, den bisherigen Ideologien das Prinzip der Nachhaltigkeit anzukleben (»Öko-Sozialismus«, »Öko-Kapitalismus«). Die Transformationen im Wirtschaftlichen und Sozialen emanzipatorisch zu gestalten, ist die heutige Aufgabe der Linken. Sie braucht keine Revolutionsideen, sondern dringend Transformationstheorien.

Rot-Grün hat für diese Republik, und daran hat Daniel Cohn-Bendit kürzlich zu Recht erinnert, »einen wichtigen Beitrag zur Politisierung und Demokratisierung Deutschlands geleistet.« Der Fehler war, sich die größte Sozialreform, die diese Republik je erlebt hat, in nicht unwesentlichen Teilen vom Personalchef einer Automobilfirma schreiben zu lassen. Denn diese Gesellschaft ist keine Automobilfirma, und Politik ist keine Betriebswirtschaftslehre.

Sicher sollte an den alten Zielen des Sozialstaates festgehalten werden, keineswegs aber an den alten Mitteln. Denn an die Stelle des bürgerlichen Eigentumsbegriffs, also der individuellen Aneignung der eigenen Arbeitsergebnisse, tritt heute der individuelle An-

spruch auf »Zugang zu« und »Teilhabe« an gesamtgesellschaftlichen Mehrwertergebnissen.

Die soziale Frage zu beantworten, heißt heute den freien Zugang zu ökonomischen, sozialen und politisch-kulturellen Netzwerken und individuelle Teilhabe am Reichtum der Gesamtgesellschaft zu sichern. Die Verteilungsfrage verschwindet darüber nicht. Sie nimmt nur einen grundlegend anderen Charakter an. Die bisherigen Mechanismen der marktförmigen Primärverteilung und der staatsförmigen Sekundärverteilung zerschellen an der schlichten Tatsache, dass die Akkumulation des gesamtgesellschaftlich erzeugten Reichtums weitgehend im privaten Vermögensbesitz stattfindet.

Wir sollten daher nicht von neuer Armut reden, wenn wir vom neuen Reichtum schweigen. Was Armut und Reichtum betrifft, wird diese Gesellschaft immer verschämter und unverschämter. Wenn die Gesamtlinke dies nicht weiter zulassen will, müssen SPD, Linkspartei und Grüne in der Tat aufhören, wie Björn Böhning und Benjamin-Immanuel Hoff schreiben, »die Brücken zueinander abzubrechen.« Die Lage ist dafür zu ernst. ■

Anzeige

DAS MAGAZIN

DIE KULTURZEITSCHRIFT AUS BERLIN

Das Fluidum der Weiblichkeit
Schriftsteller Alex Capus erklärt, warum Männer nicht auf »junge Dinger« stehen

Beim Barte des Kollegen
Konvertiert: »MAGAZIN«-Autor Jürgen Stryjak über seinen Wechsel zum Islam

Legenden der Weltall-Euphorie
Friedrich Jaschke wäre fast der erste deutsche Kosmonaut geworden.
Ein Interview von Wolfgang Herndorf

Tom Cruise & ich
Autor Johannes Groschupf wollte als Komparse den Stauffenberg-Film retten

Außerdem: Atak über Astrid Lindgrens verzweifte Illustratorin / Kirsten Fuchs:
Pärchenkrise im Baumarkt / Adam-Cartoons

PRACHTWEIBER

Stolz, schön, skeptisch – Frauen, die nicht mehr zwanzig sind

Die Oktoberausgabe kostet 3,00 Euro. Es gibt sie in Presseshops & an allen Bahnhofs-Kiosken.

DAS MAGAZIN ZUR PROBE

Ja, ich möchte das MAGAZIN-Probeabo: Drei Ausgaben für 5 Euro (Ausland 7,50 Euro) ab dem nächsten Heft. Das Probeabo verlängert sich nicht automatisch.

Ja, 5 Euro (7,50 Euro) in bar liegen bei

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Wohnort _____

Telefon oder E-Mail bei eventuellen Rückfragen _____

Unterschrift _____

Bitte Coupon ausschneiden und einsenden an: DAS MAGAZIN, Tieckstraße 8, 10115 Berlin, Tel. (030) 48 49 62 30, Fax (030) 48 49 62 36, oder www.dasmagazin.de

WEITERE INFOS UNTER WWW.DASMAGAZIN.DE ODER TEL.: 030 / 48 49 62 30



Bisher haben in dieser Debatte geschrieben:

Albrecht Müller
Die drei Buchstaben einfach geklaut
(Freitag 26 vom 29. 6. 2007)

Benjamin Mikfeld
Die Auferstehung der Zombielinken
(Freitag 29 vom 20. 7. 2007)

Albrecht Müller
Das Versagen der SPD-Linken
(Freitag 30 vom 27. 7. 2007)

Benjamin Mikfeld
Wir wollen keine Wirtshausprügelei

Joachim Bischoff
Über Zombies und Voodoo-Kult
(Freitag 32 vom 10. 8. 2007)

Björn Böhning/Benjamin Hoff
New Deal – keine Rolle rückwärts

Wolfgang Storz
Schlagabtausch mit Pappkameraden
(Freitag 34 vom 24. 8. 2007)

Christoph Spehr
Die Ehre der Zombies

Michael Jäger
Den Staat als Pionier sehen
(Freitag 36 vom 7. 9. 2007)

Hans Thie
Gefangen im Kanzlererbe

Stefan Liebich
Nicht den Einlassdienst zum linken Diskurs übernehmen
(Freitag 38 vom 21. 9. 2007)